



Stadt Kamen

Niederschrift

BB

über die
1. Sitzung des Behindertenbeirates
am Montag, dem 12.03.2018
im Konferenzbereich der Stadthalle

Beginn: 17:00 Uhr
Ende: 18:50 Uhr

Anwesend

SPD

Herr Denis Aschhoff
Frau Petra Hartig
Herr Yannick Heineck
Herr Peter Holtmann
Frau Renate Jung
Frau Ulrike Skodd

CDU

Herr Ralf Langner
Frau Susanne Middendorf
Herr Andre Reimer

Bündnis 90/DIE GRÜNEN
Frau Manuela Laßen

DIE LINKE / GAL

Herr Werner Bucek

FW/FDP

Herr Martin Seidlitz

Sachverständige gem. Beschluss des Rates der Stadt Kamen

Frau Tanja Brückel
Herr Dietmar Clausing
Frau Martina Dulleck-Blumenröhr
Frau Brigitte Hilbk
Herr Helmut Hunsdiek
Herr Heinz Detlef Klafke
Frau Kerstin Schneider
Frau Dagmar Wozniak
Herr Jörg Wüster

Verwaltung

Herr Jürgen Dunker
Herr Andreas Eichler
Frau Elke Kappen
Herr Dr. Uwe Liedtke
Herr Willi Präkelt

Gäste

Herr Feld, VKU
Frau Monika Grünheit
Herr Hemeier, VKU
Frau Christa Kunstmann
Frau Ute Lindemann
Frau Mintel, Jobcenter
Herr Rüter, Jobcenter
Herr Manfred Scholz

Entschuldigt fehlten

Frau Daniela Brock
Herr Klaus Gödecker
Frau Petra Jung
Herr Jan Kalthoff
Frau Ingrid Kollmeier
Herr Alfred Mallitzky
Frau Frauke van Lück

Frau **Jung** begrüßte die Beiratsmitglieder sowie die Mitglieder der Verwaltung, stellte die Beschlussfähigkeit fest und eröffnete die form- und fristgerecht einberufene Sitzung.

A. Öffentlicher Teil

TOP	Bezeichnung des Tagesordnungspunktes	Vorlage
1	Einwohnerfragestunde	
2	Integration von Menschen mit Behinderung in den Arbeitsmarkt Referentin: Frau Schatto, Jobcenter Kreis Unna	
3	Menschen mit Behinderung im öffentlichen Nahverkehr Referent: Herr Feld, VKU	
4	Anregungen aus den Behindertenverbänden	
5	Anhörung des Behindertenbeirates nach dem Behindertengleichstellungsgesetz	
6	Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen	

B. Nichtöffentlicher Teil

TOP	Bezeichnung des Tagesordnungspunktes	Vorlage
1	Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen	
2	Veröffentlichung von Tagesordnungspunkten der nichtöffentlichen Sitzung	

A. Öffentlicher Teil

Zu TOP 1.

Einwohnerfragestunde

Einwohnerfragen wurden nicht gestellt.

Zu TOP 2.

Integration von Menschen mit Behinderung in den Arbeitsmarkt
Referentin: Herr Hemeier, Frau Mintel, Herr Rüter, Jobcenter Kreis Unna

Herr **Rüter** äußerte seine Zufriedenheit über die Entwicklung der Zahl der betreuten behinderten Menschen. Im Jahre 2015 habe man noch 146 Menschen mit Behinderungen betreut. Im Jahr 2017 konnte diese Zahl durch die Vermittlung in Erwerbstätigkeit, aber auch vereinzelt durch die Feststellung der Erwerbsunfähigkeit, auf 88 gesenkt werden.

Er wies jedoch darauf hin, dass die Erfolgsquote bei der Vermittlung von Menschen mit Behinderung wesentlich schlechter sei als bei der Vermittlung von Menschen ohne Behinderung. Im Schnitt würde aus dem schwerbehinderten Personenkreis jede 8 Person in Arbeit vermittelt, bei Menschen ohne Behinderung sei es jeder 4. Betreute.

Im Jahre 2017 habe man eine Neuorganisation innerhalb der Geschäftsstelle Kamen vorgenommen. Der Kollege Hemeier sei ausschließlich für die Betreuung Schwerbehinderter und die Abwicklung von Rehabilitationsmaßnahmen zuständig. Weiterhin habe man eine neue Stelle geschaffen, die die Beschäftigung von Schwerbehinderten bei Arbeitgebern in Kamen und Bergkamen ankurbeln solle. Diese Maßnahmen hätten, wie man an der Entwicklung der Zahlen sehen würde, Früchte getragen.

Frau **Hartig** erkundigte sich nach Zahlenmaterial über die Beschäftigung von Schwerbehinderten, die weiter als sogenannte Aufstocker betreut würden.

Herr **Rüter** erwiderte, dass er entsprechende Zahlen nicht liefern könne, da Aufstockerfälle nicht als Integrationsfall bewertet würden.

Frau **Mintel** vom Jobcenter informierte dann über das Bündnis Inklusion in Aktion. Beteiligte hieran seien der Landschaftsverband, die Arbeitsagentur sowie die Jobcenter. Tätig sei man seit 2016 auf dem Gebiet der Kreise Unna und Hamm. Zur Verdeutlichung der Arbeit des Bündnisses habe sie eine Broschüre mitgebracht (Anlage 1 der Niederschrift).

Frau **Hartig** fragte nach, ob das Projekt zeitlich befristet sei.

Frau **Mintel** erklärte, dass dauerhaft dieses Projekt eingerichtet werden solle. Für die Integrationsarbeit würde es sehr hilfreich sein, wenn Kontakte zu den in den Betrieben tätigen Schwerbehindertenbeauftragten bestünden bzw. aufgebaut werden könnten. Dies gestalte sich jedoch für die am Projekt beteiligten Gruppen schwierig bis unmöglich. Von daher wünsche man sich, dass man vielleicht auf diesbezügliche Informationsstände der Kommunen zugreifen könne.

Frau **Kappen** schlug vor, dass man über die Wirtschaftsförderung der Stadtverwaltung Kamen Informationen beschaffen könne.

Frau **Jung** regte an, dass man den Wunsch kreisweit bekannt machen könne über die Behindertenbeauftragte der Kreisverwaltung Unna, Frau Gabriele Olbrich-Steiner.

Frau **Middendorf** schlug vor, dass man an die Sache hierarchisch herangehen solle und zunächst größere Firmen um Bekanntgabe der Personen bitten solle.

Frau **Mintel** meinte, dass nach ihrer Einschätzung für ihre Zwecke kleine bis mittlere Firmen tauglicher seien.

Im Anschluss schilderte Herr **Hemeier** aus seinem Arbeitsalltag mehrere praktische gelungene Integrationsbeispiele sowie die dabei verwendeten Instrumentarien wie Lohnkostenzuschüsse, Probebeschäftigung oder auch Fahrtkostenübernahme.

Herr **Aschhoff** entgegnete, dass die Integration von behinderten Menschen in kleinen Betrieben schwieriger sei.

Herr **Hunsdiek** äußerte die Befürchtung, dass entsprechende Beschäftigungsverhältnisse seitens der Arbeitgeber eingegangen würden, solange entsprechende Finanzierungen angeboten würden. Es handle sich hier aber wohl nur um einige wenige schwarze Schafe.

Frau **Middendorf** wies darauf hin, dass sie es für legitim halte, wenn man nach einer gewissen Probezeit feststelle, dass es nicht passt und die Konsequenzen ziehe.

Frau **Brückel** äußerte, dass nach ihrer Einschätzung Unternehmer realistisch denkende Menschen seien und das Eingehen eines Beschäftigungsverhältnisses von der Sinnhaftigkeit abhängig machen würden. Diese Vorgehensweise sehe sie bei Behindertenbeauftragten nicht. Zur Akquirierung müsse man ihrer Meinung nach an die Entscheidungsträger, die Unternehmer, heran. Bessere Chancen hätte man bei kleineren Unternehmern mit einer Portion Idealismus.

Zu TOP 3.

Menschen mit Behinderung im öffentlichen Nahverkehr
Referent: Herr Feld, VKU

Herr **Feld** referierte anhand einer der Niederschrift in Kopie beigefügten Powerpointpräsentation (Anlage 2 der Niederschrift). Es handelte sich um die fortgeschriebene Variante einer Präsentation, die schon vor mehreren Jahren im Behindertenbeirat vorgestellt wurde. Er ging daher nur auf die Bestandteile der Präsentation ein, die Erweiterungen darstellen würden.

Das Projekt „Jeder Bus Inklusion erfahren“ sei inzwischen 5 Jahre alt. Es würde vom Kreis Unna finanziert und die Finanzierung sei bis 2020 sichergestellt.

Seit dem Jahr 2017 würden im Rahmen des Projektes Maßnahmen für Personen mit psychischen Beeinträchtigungen angegangen. So würde man sich dem auftretenden Phänomen „Busangst“, welches mit der Flugangst vergleichbar sei, stellen. Im Angebot hierzu habe man neuerdings ein Seminar.

Ein weiteres neues Angebot sei das Thema Verbesserung der Orientierungsmöglichkeiten durch den Einsatz von festen Symbolen und Farben. Diese Vorgehensweise sei im Ausland bereits weit verbreitet.

Weiterhin wies Herr Feld auf die ersten Installationen von Bushörstellen hin, deren Zugang barrierefrei möglich sei. Geliefert würden akustische Informationen z.B. bei Eintreffen des Busses, Abfahrt- und Ankunftszeiten etc.. Zum Abschluss seines Vortrages teilte Herr Feld mit, dass die VKU demnächst neue Räumlichkeiten beziehen werde. Zukünftig sei man im ehemaligen AOK-Gebäude in der Kirchstraße ansässig. Der Umzug sei auch verbunden mit der Schaffung von weiteren Arbeitsplätzen; unter anderem auch für Personen mit Beeinträchtigungen.

Herr **Dr. Liedtke** teilte in Bezug auf die von Herrn Feld avisierte barrierefreie Herrichtung von Bushaltestellen ergänzend mit, dass eine niveaugleiche Herrichtung von Bushaltestellen mit erheblichen baulichen Veränderungen verbunden sei. Perspektivisch würden seitens der Stadt Kamen alle Haltestellen untersucht. Nach erfolgter Priorisierung werde man dann die barrierefreie Umgestaltung unter Inanspruchnahme von Förderprogrammen vornehmen.

Herr **Klafke** wies darauf hin, dass der von der VKU verwendete Rotfarbton für die meisten Sehbehinderten nicht zu erkennen sei.

Herr **Reimer** fragte nach, warum man Senioren von dem Projekt ausgeschlossen habe.

Herr **Feld** widersprach dem.

Zu TOP 4.

Anregungen aus den Behindertenverbänden

Frau **Poschmann** sprach die im Bereich Haus Mühlbach entstandene Absenkung des Gehweges an.

Herr **Hunsdiek** trug vor, dass in Heeren-Werve besonders in den Straßen Schattweg, Mittelstraße und zum Königsholz entgegen der Fahrtrichtung geparkt würde.

Herr **Dr. Liedtke** entgegnete, dass es sich hier nicht um ein spezifisch für Heeren vorliegendes Problem handle. Durch die erworbene Fahrerlaubnis sollten eigentlich alle Fahrzeugführer in der Lage sein, ihre Fahrzeuge verantwortungsbewusst abzustellen. Abhilfe könne man hier wohl nur mit einer Parkraumbewirtschaftung schaffen.

Frau **Jung** sprach an, dass bei massiven Vorkommnissen doch bitte im Rathaus angerufen werden solle.

Herr **Wüster** äußerte, dass es im Bereich Grillostraße/Töddinghauser Straße/ Lünener Straße ebenfalls Probleme gebe, hervorgerufen durch LKW.

Herr **Klafke** wies darauf hin, dass im Bereich Auf dem Spiek seitens der Verwaltung eine Ortsbegehung stattgefunden habe, an der seine Organisation nicht beteiligt worden sei.

Herr **Dr. Liedtke** erläuterte, dass dort ein BusKap geplant und dies der Grund für die Ortsbegehung gewesen sei.

Frau **Jung** wies darauf hin, dass regelmäßig Begehungen stattfänden. Man sei bemüht, die Verbände zu beteiligen; in diesem Fall sei das leider nicht erfolgt.

Frau **Grünheit** wies auf die für behinderte Menschen entstehenden Probleme durch die Art und Weise der Verlegung von Kabeln auf der Winterwelt hin.

Frau **Kappen** sagte zu, dass das Problem in der Verwaltung thematisiert werde.

Zu TOP 5.

Anhörung des Behindertenbeirates nach dem Behindertengleichstellungsgesetz

Relevante Themen lagen nicht vor.

Zu TOP 6.

Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

Herr **Dr. Liedtke** informierte über die geplante Neugestaltung des Ortszentrums Heeren. Er zeigte hierzu einen Gestaltungsentwurf, der der Niederschrift beigefügt ist (Anlage 3 zur Niederschrift). Er erläuterte, dass derzeit die Verkehrsflächen defekt und Hochborde verbaut seien.

Erreichbares Ziel der Neugestaltung sei aufgrund bestehender Problematiken die Barrierearmut; Barrierefreiheit sei nicht erreichbar.

Im Rahmen der Neugestaltung überlege man, ob die Märkische Straße zur Fahrradstraße werden solle. Herr Liedtke wies darauf hin, dass der Planentwurf auch noch mit Herrn Görlitz vom Blinden- und Sehbehindertenverein abgestimmt werde.

Aufgrund der in der Straße bestehenden Wasserproblematik werde man Rundborde mit 2 cm Stärke verbauen. Die im Kreuzungsbereich Mittelstraße/Westfälische Straße vorhandene Grünanlage werde aufgewertet. Im Zuge der Maßnahme würden Bänke mit Aufstehhilfen aufgestellt. In Absprache mit Herrn Feld von der VKU wird in der Märkischen Straße keine Bushaltestelle hergerichtet.

Frau **Hartig** fragte nach, ob sich an der Anzahl der vorhandenen Parkplätze Änderungen ergeben würden.

Herr **Dr. Liedtke** erwiderte, dass sich an der Anzahl der nach Abschluss der Maßnahme vorhandenen Parkplätze in Summe nichts ändern werde. Weiterhin führte er aus, dass die Eisdielen außerhalb des neubebauten Bereiches liegen würde.

Frau **Hilbk** fragte in dem Zusammenhang nach, wie weit die Außengastro- nomie der Eisdielen in die Straße ragen dürfe.

Frau **Jung** sagte zu, dass die Verwaltung das prüfen würde.

Weiterhin wies Herr **Dr. Liedtke** darauf hin, dass die im Straßenraum vor der Sparkasse stehenden Gingko-Bäume entfernt werden müssten. Geplanter Baubeginn sei der September 2018. Man starte nach den Sommerveranstaltungen im Ortsteil. Kalkuliert werde mit einer Bauzeit von ca. einem Jahr. Da keine Kanalbaumaßnahmen vorgesehen seien, solle diese Zeit reichen.

Frau **Middendorf** sprach an, dass das Pflaster vor dem Stellwerk in der Fußgängerzone nicht repariert sei. Des Weiteren stünden diverse Granitsteine hoch und bildeten Stolperfallen.

Herr **Dr. Liedtke** erwiderte, dass das notwendige Ersatzmaterial bestellt sei. Weiterhin werde zwecks Beseitigung von entstandenen Stolperfallen zwei Mal im Jahr ein Unternehmer zur Beseitigung derselben beauftragt.

Herr **Wüster** teilte mit, dass der in der Kampfstraße/Übergang Weststraße mit rotem Pflaster errichtete Parkplatz durch das Wurzelwerk des angrenzenden Baumes zerstört sei.

Herr **Dr. Liedtke** sagte eine Prüfung zu.

Frau **Jung** gab bekannt, dass in diesem Jahr ein Referat zum Bildungs- und Teilhabegesetz gehalten werde. Weiterhin gehe mit der Sitzung zum Ende des Jahres das 25jährige Jubiläum des Behindertenbeirates einher.

Frau **Kappen** ergänzte, dass diese Sitzung dann im neuen Ratssaal stattfinden und mit einer Feier verbunden werde.

B. Nichtöffentlicher Teil

Zu TOP 1.

Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

Mitteilungen lagen nicht vor. Anfragen wurden nicht gestellt.

Zu TOP 2.

Veröffentlichung von Tagesordnungspunkten der nichtöffentlichen Sitzung

Keine

gez. Jung
Vorsitzende

gez. Dunker
Schriftführer